

STUDENTEN DEMONSTRIEREN GEGEN BILDUNGSGESETZE IN DER BRD. Gemeinsam mit ihren Kommilitonen in anderen Städten verurteilen sie die Bildungsprivilegien der herrschenden Klasse. Ihr Protest richtet sich auch gegen die Tatsache, daß der Anteil der Arbeiterkinder an den Studierenden kaum fünf Prozent beträgt, obwohl die Arbeiter die Hälfte der Bevölkerung ausmachen.

Foto: ADN/ZB



Mehrheit der BRD-Bürger will in Frieden mit den Nachbarn leben

Zum Ergebnis der Bundestagswahlen in der BRD / Von Dr. sc. jur. Ekkehard Lieberam, Institut für internationale Studien

Das Wahlergebnis kann – so wird im Kommentar des „Neuen Deutschlands“ vom 22. November dieses Jahres eingeschätzt, „als Votum der Mehrheit der Wähler der Bundesrepublik für die Fortsetzung der Politik sachlicher Beziehungen mit den sozialistischen Ländern einschließlich der Deutschen Demokratischen Republik gewertet werden. Die entscheidende Mehrheit der Bürger der BRD will – das bewies ihr Votum – in Ruhe und Frieden mit ihrem Nachbarn leben. Somit übt das Wahlergebnis einen positiven Einfluß auf den Fortgang des Prozesses der Sicherung des Friedens auf die Verwirklichung der Politik der friedlichen Koexistenz und der Zusammenarbeit auf unserem europäischen Kontinent aus.“

Das eigentliche Phänomen des Wahlergebnisses vom 18. November ist die Höhe der Stimmengewinne, die die SPD zum erstenmal in der Geschichte der BRD bei einer Bundestagswahl zu stärkster Partei werden ließ und die FDP auf 8,4 Prozent der abgegebenen Wahlstimmen brachte. SPD und FDP als Repräsentanten einer realistischen Politik der Monopolbourgeoisie gegenüber der sozialistischen Staatengemeinschaft konnten zusammen 55,8 Prozent mehr Zweitstimmen auf sich vereinigen als zur Bundestagswahl 1969 (SPD: 1969 – 42,7 Prozent, 1972 – 45,9 Prozent; FDP: 1969 – 5,8 Prozent 1972 – 8,4 Prozent). Mit insgesamt 55,8 Prozent erzielten jene Parteien eine klare Mehrheit, die sich für eine Politik der Respektierung der Realitäten in Europa aussprechen, Bezeichnungen machen Analysen westdeutscher Meinungsforschungsinstitute darauf aufmerksam, daß die „Sympathiekurve“ für die SPD etwa zehn Tage vor der Wahl – also mit der Veröffentlichung und Diskussion des Grundgesetzvertrages zwischen der DDR und der BRD – um mehrere Prozent anstieg.

Niederlage für die CDU/CSU

Die CDU/CSU, Sammelbedien aller kleiner Kreise, die den Entspannungsprozeß in Europa weiter zu stützen suchen, verlor 1,3 Prozent gegenüber der Bundestagswahl 1969. Dieser Verlust ist um so gravierender, da die 3,7 Prozent Wähler, die 1969 noch die neo-faschistische NPD gewährt hatten, diesmal zum überwiegenden Teil für die CDU/CSU votierten (1969: 4,3 Prozent 1972: 0,6 Prozent). Dies unterstreicht, daß eine Partei, die permanent gegen den Status quo in Europa hetzt, sich

heute auch in der BRD in einer Defizitposition befindet. Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schätzte am 20. November dieses Jahres recht drastisch – wenn auch sicher überzogen – ein: „An diesen 18. November wird die CDU/CSU lange denken. Ihre Niederlage hat schon fast den Charakter eines demütigenden Demastes. Nicht einmal den Trost kann sie sich erlauben, nun könne sie ja nicht mehr tiefer fallen. Vor erst hat sie im öffentlichen Bewußtsein herabstinkt zu einer Partei, die sich am politischen Kampf beteiligt ohne ernsthafte Aussicht, in absehbarer Zeit an die Regierung zu kommen.“

„Nord-Süd-Gefälle“ zugunsten der CDU

Von einer gewissen Bedeutung für die zu erwartenden Auseinandersetzungen innerhalb der CDU/CSU ist das im Wahlergebnis sichtbar werdende „Nord-Süd-Gefälle“ zugunsten der CDU. Während die CDU ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 1969 von 24,4 auf 35,1 Prozent erhöhen konnte und die CDU in Baden-Württemberg und Hessen nur geringfügige Stimmenverluste hinnehmen mußte, verlor sie zum Beispiel in Niedersachsen und Schleswig-Holstein etwa fünf bzw. vier Prozent. Dies stärkt vornehmlich die verblüffende Rolle von Strauß als Repräsentanten der aggressivsten Kreise des Monopolkapitals bei der Auseinandersetzung über den weiteren politischen Kurs in den sogenannten Unionspartei.

Nach Analysen des Meinungsforschungsinstituts „Infratest“ waren vor allem drei Faktoren für die Stimmengewinne der SPD entscheidend: Erstens gelang es der SPD, in erhöhtem Maße Stimmen aus den Kreisen der Angestellten und insbesondere der Arbeiter zu gewinnen. So erlitt die CDU schwere Einbußen im Ruhrgebiet, während die SPD besonders in den großen Industrie- und Arbeiterzentren des Ruhrgebietes bis zu sieben Prozent gewant. Ursache dafür ist sowohl der Umstand, daß es der SPD gelang, die überwiegende Mehrheit der Arbeiter in der BRD für eine Politik der Normalisierung der Beziehungen zur sozialistischen Staatengemeinschaft zu engagieren, als auch die wirksame Wahltaktik der SPD-Führung, sich den Arbeitern als diejenige Partei anzubieten, die in der Lage sei, im Rahmen der imperialistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse eine „so-

ziale Demokratie“ und eine neue „Lebensqualität“ zu verwirklichen. Zweitens ist es der SPD gelungen, ihren Anteil bei den Frauen, die insgesamt 54 Prozent der Wahlberechtigten stellten, um drei Prozent zu erhöhen. Neben politischen Motiven dürfte dafür insbesondere die Popularität von Bundeskanzler Brandt eine maßgebende Rolle gespielt haben. Drittens schließlich vermochte die SPD die überwiegende Mehrheit (80 Prozent) der Erstwähler im Alter von 18 bis 24 Jahren für sich zu gewinnen, während die CDU/CSU nur etwa 28 Prozent der abgegebenen Stimmen aus dieser Altersgruppe erhielt.

Der erhebliche Stimmengewinn der FDP dürfte vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen sein. Einmal waren sehr viele traditionelle SPD-Wähler bereit, diesmal als „Freundschaftsdienst“ der FDP ihre Zweitstimme zu geben, um zu verhindern, daß die FDP – wie es sich ja als Gefahr bei den kürzlich stattgefundenen Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen andeutete – unter die Fünfprozentsperre des Bundestagswahlgesetzes fällt. Wenn dies gescheit, so wären befürchtet, wäre eine CDU/CSU-Allianzregierung unvermeidlich. Zum anderen ist es augenscheinlich, daß die FDP auch in bestimmtem Maße gelungen, sechs Stimmengewinne bei den städtischen Mittelschichten, sogenannten leitenden Angestellten, und Jugendlichen zu erzielen.

Der „älteste Trick der Bourgeoisie“

Die positiven Aspekte des Ergebnisses der Bundestagswahl vom 18. November ändern nicht das geringste daran, daß auch diesmal der – wie Bertolt Brecht es einmal formulierte – „älteste Trick der Bourgeoisie“ seine Wirkung nicht verfehlte: „den Wählern frei seine Unfreiheit wählen zu lassen“.

Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus auch hier wirksam

Die imperialistische Macht- und Eigentumsverhältnisse werden durch keine der in den Bundestag gelangten Parteien irgendwie in Frage gestellt. Der tiefe Gegensatz zwischen unserer sozialistischen DDR und der

kapitalistischen BRD ist geblieben. Die zukünftige SPD/FDP-Regierung in der BRD wird ebensowenig wie eine sozialdemokratische Alleinregierung oder eine Allparteienregierung in der Lage sein, die Labilität der kapitalistischen Wirtschaft und die Gebrechen des imperialistischen Systems zu beseitigen. Die systemkonformen Parteien bemühen sich zwar unter dem Druck der innenpolitischen Krisenerscheinungen und des zusehens des Sozialismus veränderten internationalen Kräfteverhältnisses darum, auf die Widersprüche im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem zu reagieren. Jedoch nicht, um sie im Kampf gegen die Monopolbourgeoisie zu lösen, sondern sie gemeinsam mit den Unternehmerverbänden und Monopolen zu dämpfen bzw. zu verlagern. Dies ist jedoch, wie die Geschichte zeigt, ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt.

DKP ging gestärkt aus dem Wahlkampf hervor

Ebensowenig gelang es den Kommunisten, eine breite antifaschistische Massenbewegung auszulösen, die maßgeblichen Anteil daran hätte, daß die NPD nicht in den 6. Bundestag kam, so trag der offensiv gegen die Hauptpartei des Monopolkapitals geführte Wahlkampf der Deutschen Kommunistischen Partei diesmal dazu beitrug, der CDU/CSU eine Wahlniederlage zu bereiten. Daß dabei das reale politische Gewicht der DKP im Wahlkampf nicht richtig widerspiegelt wurde, lag einmal an der undemokratischen Fünfprozentsperre der westdeutschen Wahlrechts, nach der eine Partei nur einmal etwa 1,9 Millionen Stimmen auf sich vereinigen muß, um überhaupt Abgeordneter in den Bundestag entsenden zu können. Zum anderen lag dies an der komplizierten Situation, in der diese Bundestagswahl stattfand. „Unter dem Eindruck der scharfen Zuspitzung des Wahlkampfes auf die Frage, ob die CDU/CSU oder die SPD die künftige Regierung führt – so hob das Präsidium der DKP hervor – entschied sich ein großer Teil potentieller DKP-Wähler... dafür diesmal der SPD ihre Stimme zu geben.“ Im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen bzw. Kommunalwahlen wählten lediglich 10 bis 30 Prozent der bisherigen DKP-Wähler am 18. November die Deutsche Kommunistische Partei (114 000 Stimmen – 0,3 Prozent). Gestärkt wurde die Deutsche Kommunistische Partei jedoch im Verlaufe ihres Wahlkampfes durch die Aufnahme neuer Mitglieder aus den Reihen der Arbeiter und der Jugend, durch die Bildung neuer Gruppen und die Werbung von Lesern ihrer Zeitung. Dies befähigt sie, in den zukünftigen Klassenauseinandersetzungen sowie bei Kommunalwahlen und Landtagswahlen ihren Einfluß weiter zu erhöhen, um so die Voraussetzung zu schaffen, daß das innenpolitische Kräfteverhältnis in der BRD nachhaltig zugunsten der Arbeiterklasse verändert werden kann.

Vom Sozialismus erzwungene Fortschritte machen den Imperialismus nicht fortschrittlich

Das Monopol – „eine radikale Änderung der Verhaltensweise der Chefs“?

Doz. Dr. Siegfried Sack und Lektor Dr. Maika Hömig, Sektion Marxismus-Leninismus, setzten sich mit imperialistischer Apologetik auseinander

Das kapitalistische Monopol ist die ökonomische Basis des Imperialismus. Die wissenschaftliche Bestimmung des Wesens des Monopols war daher der theoretische Ausgangspunkt Lenins für die umfassende Analyse des Imperialismus, dem höchsten und letzten Stadium des Kapitalismus. Angesichts der fortschreitenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals und der damit immer offensichtlicher und spürbarer werdenden Herrschaft des Finanzkapitals kommen auch bürgerliche Ideologen der verschiedensten Richtungen nicht umhin, sich zunehmend mit dem Monopol zu befassen.

Neue Richtung bürgerlicher Ideologie auf alter Position

Unter den Bedingungen des heute erreichten Grades der Polarisierung der Eigentums- und Machtverhältnisse und der Verflechtungen von Monopolen und imperialistischem Staat wird die bisher in der bürgerlichen Ökonomie dominierende Position, die Existenz von Monopolen einfach zu leugnen bzw. auf eine Marktform zu reduzieren, immer ungenügender. Mit dem Ziel, die Arbeiterklasse und Werktätigen wirksam ideologisch zu manipulieren, gewinnt eine andere Richtung der im Grunde gleichen Position an Bedeutung. Diese Richtung bürger-

licher Monopolauffassung besteht in der Subjektivierung des Monopols. Einer ihrer führenden Vertreter ist der „wahre Marxist“ Ernest Mandel, der unter Verwendung marxistischer Termini bürgerliche Ideologie in die Arbeiterklasse hineinzutragen versucht. Nach Mandel bedeutet das Aufkommen des Monopols... den Beginn einer neuen Ära, die durch die radikale Änderung in der Verhaltensweise der Chefs der bedeutendsten Unternehmen charakterisiert wird, was nicht minder radikale Veränderungen in der Innen- und Außenpolitik nach sich zieht.¹⁾

Schuld hat das imperialistische System

Eine solche Auffassung hat mit einer wissenschaftlichen Analyse des Monopols nichts gemein. Indem das Monopol auf eine „Verhaltensweise der Chefs“ reduziert wird, erfolgt die Subjektivierung seines Wesens, d. h. die Leugnung seines objektiven Charakters. Die Absicht eines solchen Vorgehens liegt auf der Hand. Die brutale Ausbeutung der Arbeiterklasse, des gesamten Volkes und fremder Länder sowie imperialistische Aggressionspolitik und alle Ausprägungen von Gewalt und Reaktion hängen demnach ihre Ursachen im subjektiven Verhalten der Monopolherren. Folglich könne man mit der Änderung der „Verhaltensweise der Chefs“ den Monopolismus überwinden.

Worin besteht nun wirklich das Wesen des Monopols? Gestützt auf die Erkenntnisse von Marx und Engels hat Lenin diese Frage schon 1916 in seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ beantwortet. Er wies nach, daß das Monopol ein potenziertes kapitalistisches Ausbeutungs- und Machtverhältnis ist, das aus der Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals erwächst. Lenin hebt bei der Charakterisierung des Monopols hervor: „Das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt – das ist das Typische für die jüngste Entwicklung des Kapitalismus“, das ist es, was aus der Bildung allmächtiger wirtschaftlicher Monopole unvermeidlich hervorgehen mußte und hervorgegangen ist.²⁾

Am Wesen des Imperialismus hat sich nichts geändert

Das „Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt“ sind somit der bestimmende Wesenszug des Monopols, das wir – gestützt auf Lenin – wie folgt definieren:

- Das Monopol ist das bestimmende, qualitativ neue aber historisch überlebte kapitalistische Produktionsverhältnis im Imperialismus, dessen wichtigstes Ziel in der Realisierung von Monopolprofit besteht. Es verkörpert die typische Form des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln unter den Bedingungen des Imperialismus und weiter zunehmenden Vergesellschaftungsgrades der Produktion.
- Indem das Monopol als Vereinigung von Großkapitalisten bzw. von kapitalistischen Unternehmen einen beträchtlichen zuweilen den Hauptteil von Produktion und Absatz eines oder mehrerer Wirtschaftszweige beherrscht, ist es in der Lage, Monopolpreise zu diktieren und riesige Monopolprofite zu erzielen.
- Das Monopol ist ein Herrschaftsverhältnis, das auf der ökonomischen und politischen Macht des Finanzkapitals beruht, die Ausbeutung der Arbeiterklasse und der an-

deren Werktätigen auf äußerste verschärft, alle Bereiche der Gesellschaft durchdringt und fremde Völker unterjocht. Sein reaktionäres Klassenwesen realisiert und potenziert sich mit der Verschmelzung von Monopolen und imperialistischem Staat.

Das richtige Verständnis des Wesens des Monopols und der marxistisch-leninistischen Theorie des Imperialismus in ihrer Gesamtheit gewinnt in der gegenwärtigen Etappe des internationalen Klassenkampfes weiter an Bedeutung. Nicht zuletzt deshalb, weil bekanntlich Ideologen und Politiker des Monopolkapitals versuchen, aus den vom Sozialismus erzwungenen Fortschritten in Richtung friedlicher Koexistenz politisches Kapital zu schlagen, indem sie das Bild eines „friedlichen“ und „fortschrittsorientierten“ Kapitalismus suggerieren möchten. In Wirklichkeit hat sich jedoch am reaktionären und aggressiven Wesen des Imperialismus nichts geändert und kann sich nichts ändern, solange er existiert.

¹⁾ Ernest Mandel, „Marxistische Wirtschaftstheorie“, Frankfurt (Main) 1962, S. 116.
²⁾ V. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 211.

Rezension

Wichtiger Beitrag für Lehre, Propaganda, Forschung

Der wissenschaftliche Kommunismus – Bestandteil des Marxismus-Leninismus
Einführung in den Gegenstand und die Geschichte des wissenschaftlichen Kommunismus
Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Günther Großer
VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1972, 120 Seiten.

Als viel beachteter Beitrag von Wissenschaftlern der Karl-Marx-Universität zu gesellschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre in der DDR erschien Anfang dieses Jahres das erste Heft einer mehrteiligen Serie zu Problemen des wissenschaftlichen Kommunismus, die von dem Professor Hans Beyer (Frankfurt-Main) und Günther Großer und Kurt Schneider (Sektion Marxistisch-Leninistische Philosophie und wissenschaftlicher Kommunismus) herausgegeben wird. Die Arbeit verfaßt von G. Großer,

H. Gurschler und D. Uhlig) geht davon aus, daß der wissenschaftliche Kommunismus neben der marxistisch-leninistischen Philosophie und der politischen Ökonomie untrennbar zu den drei Grundbestandteilen des Marxismus-Leninismus gehört, der als Ganzes gelehrt, studiert und verwirklicht werden muß. Auf dieser Grundlage werden im ersten Abschnitt Gegenstand, Hauptinhalt, Funktionen, Gesetzmäßigkeiten, Kategorien und Methode des wissenschaftlichen Kommunismus als Teil der einheitlichen Theorie und Weltanschauung der Arbeiterklasse begründet und sein Verhältnis zu anderen Gesellschaftswissenschaften erläutert. Im zweiten Abschnitt werden Wesenszüge des wissenschaftlichen Kommunismus gekennzeichnet, wie sein proletarischer,

materialistischer, schöpferischer und internationaler Charakter, seine besondere Bedeutung für die politische Strategie und Taktik des Klassenkampfes und des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus und erfolgt eine argumentierte Abgrenzung von allen nicht-marxistischen Sozialismusdoktrinen der Gegenwart. Ein abschließender relativ selbständiger Abschnitt behandelt die Entstehung und wichtigsten Etappen der Entwicklung des wissenschaftlichen Kommunismus und zeigt, wie er durch die kollektive Tätigkeit der kommunistischen Weltbewegung ständig schöpferisch weiterentwickelt wird.

Die Autoren konnten ihr Ziel, „durch die Darstellung von wissenschaftstheoretischen und historischen Grundfragen eines Bestand-

teils“ einen Beitrag zu leisten, „in Lehre, Propaganda und Forschung die Theorie und Weltanschauung der Arbeiterklasse in ihrem ganzen Reichum und in ihrer Vollständigkeit zu erschließen und als gelungene Grundlage, als Instrument der planmäßigen Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft voll wirksam werden zu lassen“ (S. 12) wirksam realisieren, weil sie alle betreffenden grundsätzlichen Aussagen der Klassiker des Marxismus-Leninismus und der Dokumente der kommunistischen und Arbeiterparteien herangezogen und zugleich die fortgeschrittenen Diskussion der sowjetischen Gesellschaftswissenschaftler zum Thema marxistisch-leninistische Weltanschauung künftig noch stärker in der Einheit ihrer Bestandteile zu entwickeln und zu propagieren.

der vorliegenden Arbeit tiefer in die Probleme des wissenschaftlichen Kommunismus einzudringen. Unter Lehrkräften und Studenten sowie unter Propagandisten, an die sich die Autoren hauptsächlich wenden, hat die Arbeit bereits viele produktive Diskussionen ausgelöst, deren Ergebnisse gewiß ihren Niederschlag im Lehrbuch „Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus“ finden, für das die vorliegende Broschüre eine wesentliche Vorarbeit darstellt. Sie sollte aber auch Anregung sein, die Gemeinschaftsarbeit der Gesellschaftswissenschaftler an unserer Universität weiter zu vertiefen, um die marxistisch-leninistische Weltanschauung künftig noch stärker in der Einheit ihrer Bestandteile zu entwickeln und zu propagieren.
Prof. Dr. G. Walter

Das sowjetische Buch

Neuerscheinungen und Nachauflagen 1973 in der UdSSR

Der Vorankündigungsdienst NOWYE KNIGI empfiehlt:

Giesermann, G. E.
Historischer Materialismus und Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft
Verlag „Politizdat“, 2. vervollständigte Auflage, 320 Seiten

Methodologische Probleme des wissenschaftlichen Kommunismus
Antikollektivismus
Redaktion: A. K. Belych
Verlag der Leningrader Universität, 192 Seiten

Trifonow, D. K.
Kategorien und Gesetze der politischen Ökonomie
Verlag der Leningrader Universität, 288 Seiten